

Stand: 19.05.2024 07:36:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26944

"Weil unsere Kinder es wert sind: Maßnahmenpaket gegen Lehrkräftemangel jetzt - statt peinlicher Abwerbekampagnen!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26944 vom 14.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/27009 vom 15.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

**Weil unsere Kinder es wert sind: Maßnahmenpaket gegen Lehrkräftemangel jetzt – statt peinlicher Abwerbekampagnen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Bayerns Schulen derzeit personell mangelhaft aufgestellt sind. Die bayerischen Schülerinnen und Schüler haben es verdient, bestmöglich unterrichtet zu werden. Es kommt nicht in Betracht, eigene Versäumnisse mit Abwerbekampagnen in anderen Bundesländern zu kaschieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den akuten Lehrermangel wirksam zu bekämpfen und ein kraftvolles Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, um die Bildung in Bayern attraktiver zu machen. Dieses Maßnahmenpaket soll insbesondere für gute Studien- und Arbeitsbedingungen sorgen und Anreize für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger als auch Rückkehrerinnen und Rückkehrer schaffen.

### **Begründung:**

Die Staatsregierung vernachlässigt die Bildung und spielt damit mit der Zukunft unserer Kinder – und damit unseres Landes. Der Mangel an Lehrkräften ist eklatant und ein klares Versäumnis der Staatsregierung. Flächendeckend fällt Unterricht aus, das Bildungsniveau sinkt. Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sind genauso wie unsere Lehrerinnen und Lehrer sehr verunsichert. Wenn wegen des sich verschärfenden Lehrkräftemangels immer mehr Unterrichtsstunden ausfallen, muss die Staatsregierung gegensteuern und die Politik des Nichtstuns beenden. Es ist peinlich und unsolidarisch, Personal in anderen Bundesländern abzuwerben. Stattdessen ist es zielführend und lösungsorientiert, sofort eigene Maßnahmen zu ergreifen, um dem Mangel entgegenzuwirken. Die SPD-Fraktion hat dazu etliche konstruktive Vorschläge erarbeitet. Statt Wahlkampfmanöver braucht es nämlich eine nachhaltige Personalpolitik für Bayerns Schulen. Aktuell liegt das (Neu-)Angebot an Lehrkräften in fast allen Schularten unter dem Bedarf. Künftig wird sich das Defizit absehbar – insbesondere in den Schularten der Sekundarstufe I (Mittel- und Realschulen) – aus vielfältigen Gründen (u. a. Rückkehr zum G 9, Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz, Inklusion, Beschulung von Ukraine-Flüchtlingen) verschärfen.

Die Staatsregierung muss daher unverzüglich ein Maßnahmenpaket auflegen. Darin muss zumindest Folgendes umgesetzt werden:

1. Mehr Anreize für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger: Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger müssen intensiv auf ihre Arbeit an den Schulen und in den Klassen vorbereitet und begleitet werden. Niemand darf unqualifiziert und ohne Praxiserfah-

rung vor einer Klasse stehen. Wer ein Studium absolviert hat und ins Lehramt wechseln möchte, darf während des Referendariats finanziell nicht viel schlechter gestellt werden als in der vorherigen Beschäftigung.

2. Genügend Lehrerinnen und Lehrer für Bayern ausbilden: Bayern muss so viele Lehrerinnen und Lehrer ausbilden wie es selbst benötigt. In den vergangenen Jahren hat der Freistaat die Lücke nur kompensieren können, weil er sich aus dem Pool der anderen Bundesländer bedient hat. Die Staatsregierung muss ein Ausbauprogramm vorlegen.
3. Lehramtsstudium evaluieren und verschlanken: Die Lehrerausbildung muss einfacher strukturiert, praxisorientierter und effizienter werden. Mit Orientierungsangeboten in der Studieneingangsphase sowie Beratungs- und Betreuungsangeboten sollen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss verbessert werden.
4. IT den Expertinnen und Experten überlassen: Schulen brauchen flächendeckend Systemadministatorinnen und Systemadministratoren für ihre IT. Viel zu oft übernehmen Lehrkräfte diese Aufgaben und haben deshalb weniger Zeit für den Unterricht.
5. Verwaltung den Verwaltungsangestellten überlassen: Viele Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter leisten auch Verwaltungsarbeit. Hierbei müssen sie entlastet werden.
6. Multiprofessionelle Teams schaffen: Alle Schulen brauchen nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, sondern z. B. auch Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen als auch Psychologinnen und Psychologen. Das ist vor allem auch bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagesplatz von Bedeutung.
7. Faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen: Grund- und Mittelschullehrernde sollen zu den gleichen Bedingungen eingestellt werden wie z. B. Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer. BesGr. A 13 für alle und sofort. Bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer statt Zwangsmaßnahmen bei Teilzeit: 60 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat arbeiten Teilzeit. Die Gründe sind vielfältig, zumeist geht es um die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Pflege mit dem Beruf. Dies betrifft zu fast 100 Prozent Frauen, die eine enorme Doppelbelastung stemmen müssen. Daher ist die Beschränkung der Verwaltungsaufgaben auf ein Minimum sowie eine bessere Anrechnung von Sonderaufgaben auf das Stundenkontingent notwendig.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/26944

**Weil unsere Kinder es wert sind: Maßnahmenpaket gegen Lehrkräftemangel jetzt – statt peinlicher Abwerbekampagnen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Barbara Regitz

Abg. Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Florian von Brunn

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone**

**Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)**

**Weil unsere Kinder es wert sind: Maßnahmenpaket gegen Lehrkräftemangel jetzt  
- statt peinlicher Abwerbekampagnen! (Drs. 18/26944)**

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr das Wort und bitte Sie alle, dass wieder etwas Ruhe ins Plenum einkehrt.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns über unsere Kinder, über unsere Schulen reden. Unseren Antrag haben wir überschrieben mit dem Passus: Kinder müssen es uns wert sein. Wir brauchen ein nachhaltiges Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel, und zwar jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Peinliche Abwerbekampagnen oder Schnellschusswerbemaßnahmen allein reichen einfach nicht aus, um den Lehrermangel hier in Bayern zu kompensieren. Die BLLV-Präsidentin Frau Fleischmann hat unlängst gesagt: Bildungspolitik braucht mehr als kurzfristige Bulletpoints. – Dem kann ich mich nur voll und ganz anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Als Mutter von drei Kindern, die täglich erlebt, was an Bayerns Schulen los ist – ich habe selbst einmal auf Lehramt studiert –, kann ich es gut einschätzen. Ich bin Bildungspolitikerin seit zwanzig Jahren und im Bildungsausschuss. Ich möchte heute noch einmal dafür werben, dass wir hier in Bayern Bildung ganz oben auf die Agenda setzen. Unsere Kinder und unsere Schulen hier in Bayern müssen endlich im Mittelpunkt stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist wichtiger denn je. Die Situation an den bayerischen Schulen ist wirklich dramatisch. Alle Schönrederei, die auch heute wieder kommen wird, nützt nichts. Die Eltern wissen, wie es an Bayerns Schulen aussieht. Ich nenne Ihnen ein paar Zahlen, die das deutlich machen: Über 10 %

des Unterrichts fallen an Bayerns Schulen aus. An Mittelschulen, Förderschulen, Realschulen und Berufsschulen sind es sogar mehr als 10 %.

Ich habe schon mehrfach auf unser Gutachten verwiesen: Hier in Bayern fehlen 4.000 Lehrerinnen und Lehrer. In den nächsten Jahren werden pro Jahr jeweils 1.500 fehlende Lehrkräfte dazukommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig stellen Studien fest, dass viele Schülerinnen und Schüler riesige Wissenslücken haben, weil die Schulen wegen COVID lange Zeit geschlossen waren. Die Schülerinnen und Schüler brauchen jetzt Unterstützung. Sie brauchen Begleitung durch Lehrkräfte. Mehr Lehrkräfte bedeuten hier einfach bessere Bildung. Wir dürfen es nicht zulassen, dass das bayerische Bildungsniveau, das wir immer so hochhalten, weiter sinkt!

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Es gibt nicht zu wenige Lehrkräfte, sondern es gibt ein Übermaß an Lehrkräften, die in Teilzeit arbeiten!)

– Herr Kollege, hören Sie gut zu! – Deswegen müssen wir jetzt nachhaltig gegensteuern. Ich fordere Sie heute auf: Lassen Sie uns gemeinsam feststellen, dass unsere Schulen personell unterbesetzt sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung. Nur bei richtiger Einsicht können wir auch die richtigen Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen nachhaltige Maßnahmen, um den Lehrermangel in den Griff zu bekommen. Hören Sie gut zu! Was sind nachhaltige Maßnahmen? – Das sind zum einen langfristige Maßnahmen, damit wir es irgendwann einmal wieder schaffen, den Lehrermangel in den Griff zu bekommen. Zum anderen sind das kurzfristige Maßnahmen, die wir schnell ergreifen können und die uns durch dieses tiefe Tal bringen. Nur mit beidem werden wir eine Lösung finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bekomme gerade das Zeichen, dass ich zum Schluss kommen muss. Eines möchte ich aber noch sagen: Sie von der Staatsregierung haben den Lehrermangel zu vertreten. Ihre Aufgabe ist es daher, jetzt schnell die Weichen zu stellen. Wir brauchen mehr Anreize für Quer- und Seiteneinsteiger. Wir brauchen ein attraktives Referendariat. Wir brauchen genügend Studienplätze und gute Bedingungen an den Unis. Wir brauchen ein modernisiertes Lehramtsstudium. Wir brauchen mehr IT- und mehr Verwaltungskräfte. Außerdem brauchen wir eine faire Bezahlung, nämlich A 13.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem solchen Gesamtpaket werden wir die Situation tatsächlich nachhaltig verbessern. Dazu fordere ich Sie heute und hier auf. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Warum nicht A 14?)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Kollegin Dr. Strohmayr, Sie bekommen noch eine Redezeitverlängerung durch eine Intervention von Herrn Abgeordneten Bayerbach. Bitte sehr.

**Markus Bayerbach (fraktionslos):** Frau Dr. Strohmayr, ich glaube, an den aktuellen Mängeln in der Schule ist die SPD nicht ganz unschuldig. Selbst Ihr Gesundheitsminister hat inzwischen festgestellt, dass die SPD viel zu lange an den Schulschließungen festgehalten hat. Das Defizit geht also auch zu einem erheblichen Teil auf das Konto der SPD.

Eine andere Frage: Warum haben Sie eigentlich eine solche Angst? In den SPD-geführten Ländern ist doch das Bildungsniveau so hoch und sind die Voraussetzungen an den Schulen so hervorragend. Warum haben Sie also Angst, dass da jemand nach Bayern gehen will?

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Kollege, wir leben hier in Bayern. Ich bin eine bayerische Bildungspolitikerin. Ich mache hier in Bayern Vorschläge. Ich

bitte Sie: Nehmen Sie diese Vorschläge ernst. Das ist alles, was ich dazu zu sagen habe.

(Alexander König (CSU): Das ist aber nicht sehr viel!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Strohmayer. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Regitz für die CSU-Fraktion.

**Barbara Regitz (CSU):** Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist doch sehr schön, dass Sie Ihr eigener Wortbeitrag so erheitert, dass Sie fröhlich lachend vom Pult gehen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Stimmt, das habe ich auch gesehen!)

Bemerkenswert ist: Dieses Maßnahmenpaket steht morgen im Bildungsausschuss auf der Tagesordnung. Dort können wir es ohne Zeitbegrenzung diskutieren. Warum es bereits heute ins Plenum vorgezogen worden ist, bleibt das Geheimnis der SPD. Gehen wir dem Geheimnis einmal auf den Grund: Wollt ihr es nicht wahrhaben, welcher bunter Strauß an Maßnahmen zur Lehrgewinnung gebunden wurde, oder liegt es an der fehlenden Lesekompetenz? Vielleicht ist es der verzweifelte Versuch, Punkte für den Wahlkampf zu sammeln?

Nun, dieser Vorzieher gibt mir die Gelegenheit, zu den Punkten Stellung zu nehmen und der Märchen- und Legendenbildung entgegenzutreten.

(Alexander König (CSU): Ich sage nur Teilzeiteinschränkung! Aber das traut sich im Wahlkampf niemand!)

Die Opposition zeichnet ein völlig undifferenziertes Bild eines sehr komplexen Themas. Sie verkennt die Ausgangssituation, zum Beispiel den erhöhten Bedarf an Lehrkräften durch den Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine nach Bayern. Erfreulich ist der Anstieg der Geburten. Wir haben einen erhöhten Bedarf an Ganztagsbetreuung.

Wir haben außerdem den demografischen Wandel durch die Babyboomer und die geburtenschwachen Jahrgänge usw. Wer dies alles den politisch Verantwortlichen in die Schuhe schieben will, verkennt den allgemeinen Fachkräftemangel und ignoriert, welche Maßnahmen auf den Weg gebracht und ständig optimiert worden sind.

Aber der Reihe nach: Die Lehrerversorgung ist ein sehr wichtiges Thema. Bildung ist das Zukunftsthema schlechthin; denn ein geringer Lernstand und ein niedriges Bildungsniveau schaden langfristig allen und gefährden unseren Wohlstand. Seit der Hattie-Studie ist die Bedeutung der Lehrkräfte wissenschaftlich belegt. Deshalb wurden viele Maßnahmen ergriffen und Anreize bei der Lehrgewinnung gesetzt.

Zu den Anreizen zum Mitschreiben: A 13 für Grund- und Mittelschullehrer ist bereits angekündigt. Ich hoffe nur, dass ihr alle diesem Haushalt zustimmen werdet.

Zu den Quereinsteigern: In Bayern gibt es eine zweijährige pädagogische und didaktische Ausbildung, die individuell betreut wird. Zusätzlich gibt es eine schulhausinterne Fortbildung, und zwar regional und überregional. Ich frage Sie: Wollen Sie das Referendariat tatsächlich unterschiedlich besolden? Wäre das nicht wieder eine Ungleichbehandlung und eine Ungerechtigkeit? Bitte überlegen Sie genau!

Zur Lehrerbedarfsprognose: Sie wird im jährlichen Turnus aktualisiert und veröffentlicht. Man kann sie nachlesen.

Für die Sonderpädagogik wurden allein fünf neue Lehrstühle geschaffen. Der Numerus clausus für das Grundschullehramt wurde abgeschafft. Es gibt ihn nur noch in Bamberg und Würzburg, nachdem sich dort die Zahl der Studienanfänger verdoppelt hat. Abgesehen von Bamberg und Würzburg gibt es in Bayern keinerlei Studienplatzbeschränkungen mehr für das Lehramt.

Zur Expertenkommission zur Reformierung des Lehramtsstudiums: An der Zusammensetzung und den klaren Aufträgen wird mit Hochdruck gearbeitet.

Mehr Verwaltungskräfte: Insgesamt gibt es hier 400 neue Stellen.

Systembetreuer: Das ist positiv erledigt; denn der Unterschied zwischen pädagogischer und administrativer Systembetreuung sowie die Unterstützung der Kommunen sind im Digitalpakt klar dargelegt worden.

Multiprofessionelle Teams wurden auf den Weg gebracht.

Fazit: Ich verstehe ja, dass die Opposition immer mehr will und auch alles schneller umgesetzt haben möchte. Aber hören Sie bitte endlich mit dieser Legendenbildung auf! Dieser Dringlichkeitsantrag ist überflüssig.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Letztes zu den Vorwürfen bezüglich der Regionalisierungsprämie. Aus meiner langjährigen Tätigkeit als Seminarrektorin weiß ich, was es gerade für Dienstangefänger bedeutet, wenn sie in Ballungsgebieten eingesetzt werden: Umzugskosten, wesentlich höhere Lebenshaltungskosten und Mieten; das sind die Sorgen, die die Lehrkräfte plagen. Da sind doch 3.000 Euro ein gutes Zeichen und wiederum ein Anreiz, Lehrer zu werden.

Ich sage es mit Dante Alighieri: "Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt."

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Das ist ein schöner Satz zum Abschluss, Barbara! Die ewige Rederei über Geld!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Regitz. – Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Gehring für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Problem ist nicht, dass die Opposition keine guten Anträge stellt. Der Antrag der SPD ist insofern gut, als in der Begründung eigentlich die ganzen Formulierungen der letzten Anträge noch mal zusammengefasst sind. Das Problem ist die CSU-Politik der vergan-

genen Jahre, in denen es versäumt wurde, in den sozusagen guten Jahren, als wir genügend Lehrkräfte hatten, vorzusorgen, zum Beispiel mit einer 110-prozentigen Lehrerversorgung. Das Problem ist auch die jetzige Politik des Kultusministeriums, die immer zu spät reagiert. Zum Teil sind die Maßnahmen schon wieder ausgelaufen und funktionieren nicht mehr, wenn sie evaluiert werden.

Ein schönes Beispiel: Mindestens seit Beginn dieser Legislaturperiode – das sind jetzt viereinhalb Jahre – reden wir über einen Lehrkräftemangel an den Grundschulen. Diese Woche wurde bekannt gegeben, dass der letzte Numerus clausus zum Beginn des nächsten Jahres aufgehoben wird.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): In Baden-Württemberg habt ihr das noch!)

– Horchen Sie mal zu! Das Problem ist bei Ihnen wie beim Auerhahn: Wenn er schreit, kann er nicht hören, und der Auerhahn ist deswegen schon fast ausgestorben.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das ist eure Regierung!)

Das Problem ist tatsächlich, dass Sie fünf Jahre brauchen, um solch eine Maßnahme zu ergreifen. Das ist einfach zu langsam.

Vielleicht noch zwei Sätze zu diesem Willkommenspaket des Ministerpräsidenten. Ich bin mir sicher, in der Staatskanzlei wird schon das Bild "designt", wie der Ministerpräsident dem Ersten am Grenzzaun nach Hessen dieses Willkommenspaket überreicht. Dieses Foto ist sicherlich schon im Kasten, bevor es wirklich gemacht worden ist.

Als Nächstes kommt diese sogenannte Regionalprämie oder Buschzulage. Wir sind uns schon klar darüber, dass "Busch" hier "Oberbayern" heißt, München, weil wir dort einen Lehrerbedarf haben?

(Alexander König (CSU): Das habe ich schon immer gewusst, dass das so ist!)

– Genau. Deswegen wehren sich die Unterfranken und Oberfranken dagegen, dass sie dorthin müssen, stellen Petitionen, damit sie wieder zurück dürfen. Heute gehen

sie nach Hessen, damit sie nicht dahin müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Buschzulage für Oberbayern mit 3.000 Euro tatsächlich funktioniert und rechtlich möglich ist.

(Alexander König (CSU): Jetzt geht es schon wieder um Geld, um eine Zulage!)

Aber auch dieses Bild ist in der Staatskanzlei sicherlich schon vorbereitet, die Übergabe dieser Buschzulage.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das Wort hat niemand gesagt! Lügen Sie hier nicht rum!)

Ich bin gespannt, welches Kostüm der Ministerpräsident dazu anziehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Liebe SPD! Täglich grüßt das Murmeltier. Immer wieder kommen die Anträge mit dem immer gleichen Impetus: Wir machen hier alles falsch, ihr würdet es richtig machen.

(Alexander König (CSU): Stimmt! Man könnte hier ein Teilzeitparlament machen, weil ständig alles wiederholt wird!)

Ich sage euch mal eines: Ihr regiert in Deutschland in elf Bundesländern, unter anderem in Berlin, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In all diesen Ländern verantwortet eine SPD-geführte Regierung einen Mangel an Bildungspolitik. Einen Mangel!

(Alexander König (CSU): Sogenannte Mangelregierungen!)

Kommt nicht zu uns und erzählt uns irgendwelche Märchen. Handelt dort, wo ihr Verantwortung habt! Ansonsten – ich habe versprochen, dass ich es kurz mache –: Wir handeln. Aber was tun, wenn jemand die Augen zumacht bei Paketen, die wir abliefern, um gegen den Lehrermangel vorzugehen, um Lehrer zu gewinnen, und zwar nicht nur durch Abwerbung von anderen Ländern? Übrigens ist es schön, dass wir das können, weil unser Land nämlich Bildungsstandort Nummer eins ist; deswegen können wir auch Leute aus anderen Ländern abwerben. Aber wir bilden Lehrkräfte auch selber aus, wir schaffen und stärken den Quereinstieg, wir schaffen Umstiegsmöglichkeiten, wir schaffen neue Stellen, wir schaffen A 13 für alle.

(Alexander König (CSU): Was sagt ihr zur Teilzeitarbeit? Das würde mich interessieren!)

Das habt ihr von der SPD in Rheinland-Pfalz übrigens noch nicht geschafft. Wir schaffen mehr Ausbildungskapazitäten, wir schaffen eine neue Personalkultur, die stärkt, die voranbringt. Wir stärken die multiprofessionellen Teams, wir werben im eigenen Land um neue Lehrkräfte, wir sorgen für eine neue Lenkung im eigenen Land. Wir stärken die Lehrerausbildung, reformieren sie, schreiben sie fort usw. usf.

Wir tun unendlich viel, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Wir tun es erfolgreich. Die Zahlen sprechen für uns, sprechen für sich und sprechen gegen die SPD, die es nicht schafft, in den Ländern, in denen sie Verantwortung hat, irgendetwas voranzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger (AfD):** Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Cum grano salis – mit Einschränkungen: Ja, es sind teilweise durchaus löbliche Vorschläge, mit denen die SPD den Lehrermangel in Bayern beseitigen will.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das war ein falsches Zitat!)

Ja, Bayerns Schulen sind derzeit mangelhaft aufgestellt. Ja, Bayerns Schülerinnen und Schüler haben es verdient, bestmöglich unterrichtet zu werden. Ja, Abwerbekampagnen in den anderen Bundesländern sind ungeeignet, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Ja, das Bildungsniveau in Deutschland sinkt, aber dort, wo die SPD mitregiert, noch viel stärker als in Bayern.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ein Jasager also!)

Der Lehrermangel muss wirksam bekämpft werden. Doch die dafür wirksamste Maßnahme, die Remigration von Flüchtlingen und Migranten, wird von der SPD nicht in Betracht gezogen. Stattdessen fordert sie ein mehr oder weniger sinnvolles Maßnahmenpaket, auf das ich hier aus Zeitgründen leider nur punktuell eingehen kann.

Nach den sinnbefreiten Schulschließungen der erklärten Corona-Pandemie benötigen wir mehr Sozialpädagogen und Psychologen als früher. Faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Doch ist es gerecht, Grund- und Mittelschullehrer genauso zu bezahlen wie Gymnasiallehrer? – Ich finde: Nein. Die fachlichen Anforderungen sind nicht zu vergleichen. Doch Grund- und insbesondere Mittelschullehrer haben häufig das Problem von vielen Schülern mit Migrationshintergrund. Daher fordere ich eine Erschwerniszulage in Abhängigkeit von deren Anzahl. Dies würde ich für eine gerechte Lösung halten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Immerhin sind wir uns ja mittlerweile einig, dass es den Lehrermangel in Bayern gibt, dass er ein akutes Problem ist.

(Alexander König (CSU): Nein, da sind wir uns nicht einig! Wir haben zu viele Teilzeitkräfte!)

Das ist ja schon mal ein Fortschritt, den zumindest die meisten hier, außer dem Kollegen König, schon gemacht haben. Das aggressive Abwerben und das Aufkündigen des KMK-Lehrertauschverfahrens zwischen den Bundesländern wird allerdings nicht ohne Reaktion bleiben. Ich glaube, es wird uns auch nicht vor dem Lehrermangel schützen. Letzten Endes ist es eigentlich nur eine isolierte Verzweiflungstat, die kein Gesamtkonzept darstellt. Genau das aber brauchen wir.

Ich habe schon mehrmals betont: Bayern fehlt eine grundlegende Strategie, um das Lehramt wieder attraktiv zu machen. Der Antrag der SPD geht da zwar in die richtige Richtung, bleibt aber noch etwas einseitig und unkonkret.

Daher möchte ich noch drei zusätzliche, wichtige Aspekte aus liberaler Sicht ergänzen, damit wir das Lehramt auch für mehr Menschen attraktiv gestalten können.

Erstens. Es wird Zeit, dass mehr Lehrkräfte auch die Möglichkeit haben, ihre Wunschschule direkt zu finden und sich dort zu bewerben. Die versprochene Regionalprämie, die hier gerade diskutiert wird, ist ja eigentlich nur eine Entschädigung, aber keine Lösung des Problems einer zentralisierten Stellenzuteilung.

(Alexander König (CSU): Jeder in seine Lieblingsschule!)

Wir müssen die Herausforderungen von Schulen, die Probleme haben, Lehrkräfte zu finden, direkt angehen und auch offen ansprechen, zum Beispiel indem wir eben einen Sozialindex einführen, um die Finanzierung dieser Schulen – auch an der Schülerzahl orientiert, mit Gewichtungsfaktoren – besser und zielgerichteter zu organisieren.

(Alexander König (CSU): Wir können ja jeden Beamten seine Stelle suchen lassen! Dort, wo er gerne arbeiten würde!)

So können dann nämlich Schulen ihre Kollegien passend zu der Schülerschaft und auch die Teams zueinander passend zusammenstellen und andere Aspekte als nur die reine Examensnote berücksichtigen.

Zweitens. Diese Freiheit müssen wir ergänzen um mehr Gestaltungsfreiheit in anderen Bereichen: weniger Vorschriften aus dem Kultusministerium und mehr Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler voranzubringen. Das heißt, Freiheit bei Pädagogik, bei Budget, bei Personalmanagement. Das gehört alles zusammen.

Wir waren als Bildungsausschuss ja kürzlich in den Niederlanden und haben dort gesehen, wie Schulen im Wettbewerb mit mehr Freiheiten auch bessere Ergebnisse erzielen können.

(Alexander König (CSU): Wie wäre es denn mit Online-Unterricht von zu Hause aus?)

Ich erinnere nur an diese Berufsschule, bei der die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bildungsausschuss sich gewundert haben: Ach, das ist ja sogar eine Schule. – Das hat man ihr gar nicht angesehen, weil sie eben so herausragend ist.

Der dritte Punkt ist: Wir müssen die Lehrkräfte nach Leistung bezahlen und diejenigen befördern, die das verdient haben, nicht nur als Regelbeförderung, als Beförderung nach Dienstalter, und diesen Beruf damit auch für weitere Gesellschaftsschichten attraktiv gestalten. Wir haben als FDP zumindest eine Idee, wie man das gestalten könnte, indem man zum Beispiel Beamtenstellen in gleichwertige, unbefristete Angestelltenverhältnisse umwandeln kann, bei denen dann auch mehr variable Gehaltskomponenten umsetzbar sind, und das auch kurzfristig.

Natürlich müssen wir auch das Beamtensystem attraktiver gestalten und auch die Leistungsprämien ausweiten. Unterm Strich ist eben das Entscheidende, dass heraus-

kommt, dass wir Wertschätzung für gute Leistung haben, dass wir nicht nur warme Worte übrighaben, sondern wirklich ein Konzept, um gute Lehrer für gute Bildung zu gewinnen.

Ich appelliere daher an Sie, auch an die Staatsregierung, nicht nur diesen Dringlichkeitsantrag aufzugreifen und die Maßnahmen darin aufzugreifen, sondern insgesamt auch noch die ergänzenden Vorschläge zu berücksichtigen, die wir als FDP-Fraktion gerade dargestellt haben; denn wir brauchen grundlegende Reformen, nicht nur ein paar kurzfristige Pakete, um die Problematik des Lehrermangels in Bayern aktiv anzugehen.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Prof. Michael Piazolo das Wort.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann dem Kollegen Gotthardt nur zustimmen. Wir haben jede Woche das gleiche Thema, keine neuen Vorschläge, sondern immer nur eine andere Fraktion, die das Gleiche wieder aufnimmt. Deshalb sehe ich es einfach als notwendig an, noch einmal unsere ganzen Maßnahmen zu erklären. Ich habe es das letzte Mal und das vorletzte Mal gemacht, aber da es nicht fruchtet, werde ich es noch mal tun. Ich werde es noch mal länger tun.

(Zuruf von der CSU)

– Ja, selbstverständlich werde ich das tun, in aller Ruhe, damit man es mal endlich begreifen kann.

(Zuruf von der CSU)

– Doch, genau so ist es. Wir müssen es erklären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es macht mich schon ein bisschen betroffen, dass es das zweite Mal hintereinander ist, dass die Kollegin Strohmayer nach ihrem Beitrag geht. Ich wollte es ihr wirklich noch einmal erklären. Das ist halt jetzt mal so. Aber man kann es ja noch mal mitteilen. Ich habe es letztes Mal auch schon gesagt: Wenn man als SPD – ich meine das jetzt nicht in irgendeiner Weise überheblich – eine entsprechende Untersuchung macht, sollte man die eigenen Zahlen, die eigene Untersuchung verstehen; denn die Untersuchung an sich ist richtig. Aber wenn dann immer kommt, dass 4.000 Lehrer fehlen und jedes Jahr werden 1.500 fehlende Lehrer dazukommen! Das ist die Lehrerbedarfsanalyse!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dort wird immer beschrieben – um das noch mal deutlich zu machen –, wie viele Lehrer im nächsten Jahr fehlen, wenn wir nichts tun. Jedes Jahr unternehmen wir Anstrengungen, um diese Lücke zu schließen, und jedes Jahr schließen wir sie. Jedes Jahr! Dann fehlen sie eben nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Nein, die Stellen sind besetzt, Herr Fischbach, weil wir jedes Jahr Maßnahmen ergreifen. – Das begann übrigens schon 2017/2018 mit der Zweitqualifikation. Ich kann es nur wiederholen: Das sind heute über 3.000 Lehrerinnen und Lehrer, die Gymnasiallehramt und Realschullehramt studiert haben, die heute im Grund-, Mittel- und Förderschulbereich tätig sind. Das ist eine Maßnahme, die wir jedes Jahr wieder neu aufsetzen – so lange, bis sie funktioniert. Das haben wir gemacht.

(Margit Wild (SPD): Die wechseln doch dann auch!)

– Wie bitte? Die sind doch nicht weg! – Ohne diese Maßnahmen gäbe es einen Mangel. Genauso haben wir und habe ich persönlich mit entsprechender Unterstützung

der Fraktionen im Jahr 2019 dienstrechtliche Maßnahmen ergriffen. Da hat jede Oppositionsfraktion widersprochen. Jede!

(Zuruf: Stimmt!)

Damit haben wir mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer gewonnen. Das heißt, wenn wir auf die Opposition gehört hätten, würden uns heute Tausende Lehrer fehlen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So haben wir eine Maßnahme nach der anderen aufgesetzt, was sinnvoll ist. Dann kamen die Sondermaßnahmen zum Quereinstieg. Ich will es jetzt wirklich schnell machen und nicht alles einzeln erklären. Jetzt kommen die nächsten Sondermaßnahmen. Und jetzt wird es hochgezogen, weil der Ministerpräsident es gesagt hat, dass wir auch Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern gewinnen wollen. Das macht übrigens jedes Bundesland. Warum sollen die das auch nicht tun? Und warum sollen wir nicht sagen: Liebe Leute, Bayern ist schön; wir bieten das meiste Geld; wir bieten gute Strukturen? Warum sollen die nicht kommen? – Wir haben Freizügigkeit im Land. Wo sind wir denn? – Das macht Berlin übrigens auch. Da kommt nur niemand. Das ist halt der Unterschied.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt wird eine Überlegung aufgesetzt – das haben wir gestern gemacht – zu einer Regionalprämie, übrigens nicht nur für Oberbayern. Das ist eine Vermutung: nur für Oberbayern. Das brauchen wir nicht überall in Oberbayern; denn dort werden künftig auch orts- und familienbezogene Bezügebestandteile in Ballungsräumen gezahlt. Das ist auch eine der Maßnahmen, in dem Fall über das Finanzministerium in Absprache mit uns.

Das sind sinnvolle Maßnahmen. Sie gelten übrigens auch für bayerische Lehrer, damit wir Lehrer dorthin, wo wir sie brauchen, in ganz bestimmte Räume, auch hinbekom-

men. Das ist das Konzept über Jahre hinweg: jedes Jahr gezielte Schritte, um Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen.

Ich sage auch deutlich: Das wird uns selbstverständlich die nächsten Jahre noch beschäftigen. Wir müssen uns immer wieder etwas Neues ausdenken. Aber das ist unsere Arbeit, die wir auch gerne gemeinsam diskutieren; das tun wir im Bildungsausschuss. Da bin ich immer für neue Vorschläge dankbar. Deshalb höre ich auch immer sehr aufmerksam zu. Die Vorschläge, die heute gekommen sind, waren aber nicht neu; kein einziger Vorschlag. Wenn einer da ist, bitte, machen Sie eine Zwischenbemerkung, eine Zwischenfrage. Das nehmen wir gerne auf.

(Alexander König (CSU): Können Sie noch etwas zur Teilzeit sagen, was Sie tun, um mehr Lehrerinnen und Lehrer aus der Teilzeit zu gewinnen?)

– Gerne! Danke für den Zwischenruf. – Das machen wir auch schon länger. Das eine waren dienstrechtliche Maßnahmen in 2019, die Reduzierung der Möglichkeit der Antragsteilzeit insbesondere für Grundschullehrer und Mittelschullehrer. Dadurch haben wir jedes Jahr, weil es sich fortschreibt, mehrere Hundert Lehrer gewonnen.

Das Zweite ist dann der freiwillige Bereich. Wir haben gesagt, wir wollen die Bedingungen verbessern, und gewinnen damit Teilzeitlehrerinnen und -lehrer. Diesen Punkt müssen wir offen zugeben, und er gilt übrigens nicht nur für die Schulen: In der heutigen Zeit ist die Teilzeitbereitschaft größer. Das wird in den nächsten Jahren zunehmen. Wir haben insgesamt einen Fachkräftemangel. Immer mehr Frauen arbeiten – im Wesentlichen sind es Frauen. Sie bekommen übrigens auch mehr Kinder, was gut ist für das Land. Deshalb geht auch die Teilzeitquote hoch. Da haben wir eine ganze Menge gemacht.

So viel noch mal in aller Kürze. Ich habe gesehen, dass die eine oder andere Meldung zur Zwischenbemerkung da ist. Ich beantworte sie gerne. Aber ich wollte einfach nochmal deutlich machen: Das ist ein Prozess, den wir über Jahre haben und den wir sehr genau begleiten. Ich weiß auch, dass die Mitglieder des Bildungsausschusses darüber

wohl Bescheid wissen, aber solche Plenardebatten bringen es mit sich, manche Dinge inhaltlich etwas zu verkürzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich gebe bekannt, dass die Staatsregierung ihre Redezeit bis jetzt um 6 Minuten und 12 Sekunden überschritten hat. Das heißt, die Fraktionen bekommen beim sechsten Dringlichkeitsantrag noch ein Schlückchen obendrauf. Jetzt gibt es noch drei Zwischenbemerkungen. Zunächst Thomas Gehring für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Minister, ich habe mitbekommen, dass in der CSU-Fraktion keine Begeisterung herrschte, als Sie eine lange Rede angekündigt haben. Das tut mir jetzt leid, liebe CSU-Kollegen, dass ich sie jetzt noch mal verlängere. Aber das hat man halt davon, wenn man den FREIEN WÄHLERN das Kultusministerium gibt.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU: Oh!)

Ich wollte noch mal etwas zum Thema Zweitqualifizierung sagen. Neben mir sitzt die Kollegin Anna Schwamberger, die das gemacht hat. Das heißt, die Zweitqualifizierung ist schon von der letzten Staatsregierung eingeführt worden, da waren Sie in der Opposition. Offensichtlich waren Sie da auch dagegen. Ich war nicht dagegen. Ich fand es damals schon ein sehr aufwendiges Verfahren, dass jemand ein fertiges Studium hat mit dem Referendariat und noch mal eine Zweitqualifizierung braucht, um dann eine Einstiegsstufe tiefer an einer anderen Schule anzufangen. Diese Maßnahme ist mittlerweile leer. Da kommen keine neuen Leute mehr rein. Außerdem gehen viele aus der Mittelschule und der Grundschule zurück an die Gymnasien und Realschulen. Da ist telefoniert worden, Herr Minister, aus der Kultusverwaltung und von Schulleitern. Die Leute gehen wieder zurück, weil sie an Grund- und Mittelschulen eben kein A 13 haben. Deswegen hätte man vielleicht A 13 an Grund- und Mittelschulen schon früher einführen müssen. Dann wäre das besser. Diese Maßnahme hat sich totgelau-

fen. So geht es Ihnen mit allen Maßnahmen, dass Sie immer zu spät kommen und dass die Maßnahmen dann auslaufen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Kollege Gehring!

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Sie haben keine neuen Ideen, wie man es wirklich besser machen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Noch mal: Erstens war ich damals für die Zweitqualifikation, weil es natürlich eine ganz sinnvolle Maßnahme ist. Wir haben – ich will es noch mal wiederholen – dadurch 3.000 Lehrerinnen und Lehrer gebunden, die sonst nicht ins System gekommen wären. Das ist doch sinnvoll, Lehrer einzustellen! Warum wird das jetzt bezweifelt?

Sie bekommen die Lehrer allerdings nur in dem Moment, da sie ihnen die Möglichkeit geben, auch zu ihrer ursprünglichen Schulart zurückzugehen. Natürlich hätte man auch sagen können: Wir wollen Zweitqualifikanten, aber ihr müsst dann an der anderen Schulart bleiben. – Die wären aber nicht gekommen. Das war uns klar. In dem Moment, wo zum Beispiel das neunjährige Gymnasium – weiß ich, wollten die GRÜNEN nicht, da haben wir ein Volksbegehren initiiert; das ist aber eine Sache, die sehr gut –

–

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

– Man kann auch Volksbegehren verlieren und trotzdem in der Sache gewinnen, Herr Gehring. Das ist doch das Entscheidende!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man kann aber auch überhaupt gar kein Volksbegehren anstrengen und danach nur alles kritisieren. Das ist nicht die Art der FREIEN WÄHLER. Wir packen an; wir machen. Manchmal kommen wir mit einer Sache nicht durch, aber im Endeffekt können wir Dinge gestalten und gewinnen damit auch.

Also noch einmal in aller Ruhe – auch das sei erwähnt, weil Sie es gerade angesprochen haben –: Das war Ironie mit der langen Rede, die ich angekündigt habe. Ich glaube aber, das ist auch angekommen. Sie war nicht so lang. Trotzdem: Die Zweitqualifikation ist sehr gut. Gerne können wir darüber reden, wer es nicht will. Ich nehme zur Kenntnis, dass das als schlechte Maßnahme gesehen wird.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt!)

– Also gut. – Wir haben 3.000 Leute zurückgewonnen. Natürlich reicht diese Zahl nicht für diese lange Zeit. Wir müssen dann neue Maßnahmen aufsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

– Doch! Natürlich haben wir sie; denn es sind noch mehrere Tausend dort. Die sind noch dort.

Also: Es ist eine gute Maßnahme. Sie hat mehr als 3.000 Leute gebracht. Natürlich muss man auch wieder nachsteuern. Das gehört aber zum Geschäft dazu. Politik ist nicht so, dass Sie nur einmal etwas tun und es dann für die nächsten zehn Jahre reicht, sondern Sie müssen immer wieder neue Maßnahmen ergreifen. Genau das tun wir. Genau das wird ja auch gefordert.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Florian von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Michael Piazolo, ich hatte in den letzten Jahren so ein bisschen den Eindruck, dass immer gesagt wird: Es läuft alles gut, wir stellen Lehrer ein. Hier und dort haben wir neue Lehrerstellen geschaffen. Alles ist in Butter.

Als wir von der SPD zunehmend den Finger in die Wunde gelegt haben, kamen auf einmal ganz viele Vorschläge von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, was sie alles machen wollen – der Wahltermin rückt schließlich näher. Dass es massive Probleme gibt, dass sehr viele Lehrer fehlen, hat der Ministerpräsident bestätigt; denn er hat ja gesagt, er wolle mindestens 6.000 neue Lehrer und 2.000 andere Kräfte. Es fehlen also 8.000 Stellen an den bayerischen Schulen. Auch die Lehrerbedarfsplanung zeigt auf, wo Defizite sind.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Also manchmal denke ich schon: Je später der Abend – –

(Heiterkeit)

Also, das ist doch Wahnsinn! Jetzt wird, wenn wir in Bayern neue Stellen schaffen, um die Qualität zu erhöhen, gesagt, das heiße, dass ein Mangel da sei. Das ist doch – –

(Alexander König (CSU): Das ist wie mit dem Sondervermögen!)

– Nein! – Es ist doch so, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Uns werden die 6.000 Stellen nicht reichen. Ich persönlich fordere 10.000. Das müssen wir dann halt im Koalitionsvertrag vereinbaren. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

stellen Sie fest: Wir haben in den nächsten Jahren mehr Schüler. Wir werden in den nächsten fünf Jahren so viele Schüler mehr haben, dass wir circa 5.800 Stellen brauchen, um die demografische Entwicklung auszugleichen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Der Zahlenraum überfordert die SPD!)

Das hat nichts mit Mangel oder Nicht-Mangel zu tun, sondern ist einfach ein Nachzeichnen der demografischen Entwicklung.

Wenn wir übrigens in dieser Legislaturperiode vor einem Lehrermangel Angst gehabt hätten, dann hätten wir doch in den Koalitionsvertrag nicht 5.000 Stellen hineingeschrieben.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Wir haben das ganz bewusst getan, um die Qualität zu erhöhen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben diese 5.000 Stellen besetzt.

(Margit Wild (SPD): Dann wundert mich das gesamte Abwerben!)

Letzte Bemerkung: Wenn ich persönlich bestritten hätte, dass wir einen Lehrerbedarf haben, hätte ich dann 2019 dienstrechtliche Maßnahmen ergriffen? Das ist doch total unlogisch. Wir haben die Maßnahmen ergriffen, um Lehrer zu gewinnen, und zwar über 1.000 Vollzeitkapazitäten. Das war das Ziel. In den Folgejahren wird es genauso sein. Und Zweitqualifikationen gab es auch schon. Hätte man damals die Zweitqualifikationen begonnen, wenn man nicht gewusst hätte, dass wir dort Lehrer brauchen? Das ist immer eine so merkwürdige Diskussion, wir würden den Lehrerbedarf oder Lehrermangel nicht anerkennen. Nein! Seit vielen Jahren – jetzt sind es schon sechs oder sieben Jahre – wird jedes Jahr alles getan, um den Lehrerbedarf sicherzustellen. Das ist unser Job, und genau den tue ich auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die letzte Zwischenbemerkung zu diesem Tagesordnungspunkt kommt vom Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Sehr geehrter Herr Staatsminister, die Besetzung der Stellen wird die ganz entscheidende Frage sein, die wir in der nächsten Zeit lösen müssen. Der Ministerpräsident hat ja diese An- bzw. Abwerbeaktion aus anderen Bundesländern angekündigt. Ich habe eine Verständnisfrage: An wen richtet sich die Aktion genau? Richtet sie sich nur an frische Absolventen einer Lehrerausbildung in

einem anderen Bundesland, oder richtet sie sich auch an im Dienst befindliche Lehrkräfte? Dann müssten wir im Prinzip das seit Jahrzehnten etablierte Lehrertauschverfahren aufkündigen. Das wäre natürlich ein größeres Potenzial, als wenn wir nur auf die Absolventen gingen. Was schätzen Sie denn, wie hoch das Potenzial ist, Lehrkräfte zu gewinnen? Die 6.000 Stellen werden es bei Weitem nicht sein. Aber wie viele Hundert oder Dutzend Stellenbesetzungen erwarten Sie sich denn dadurch?

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Dass sich alle so aufregen, wenn der Ministerpräsident etwas sagt, ist doch – –

(Heiterkeit – Matthias Fischbach (FDP): Haben Sie dazu noch etwas zu sagen?)

– Ja, selbstverständlich! – Was glauben Sie, wer das entwickelt hat mit der Prämie und der regionalen Prämie? Wir saßen zusammen und haben mit dem Finanzminister geredet. Da macht man was. Da macht man eine Ministerratsvorlage. Dann bespricht man es mit den Fraktionen, und dann wird das entsprechend umgesetzt. Um das mal der Opposition zu erklären: So geht Regieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit)

Um es noch einmal deutlich zu machen – –

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Wir sind ja heute alle nett beisammen an diesem Abend und diskutieren die Dinge. – Es geht doch darum: Das sind doch unterschiedliche Dinge. Wir wollen das Lehrertauschverfahren jetzt nicht einfach aufkündigen. Das ist ja nur ein Bereich. Bei uns können sich viele Lehrer – das ist das andere – frei bewerben. Wir haben jedes Jahr mehrere Hundert Lehrer, die aus anderen Bundesländern zu uns kommen und die wir natürlich auch nehmen. Das heißt, wir werben die jetzt schon an. Wir haben jetzt schon Werbung auf Social Media, und die verstärken wir noch einmal. Das machen

auch andere Bundesländer. Auch Berlin macht das so. Ich will jetzt gar nicht alle Bundesländer aufzählen.

(Matthias Fischbach (FDP): Das sind da Angestellte!)

Dort stellt sich aber nicht ein Ministerpräsident hin. Wir haben in Bayern halt einen selbstbewussten Ministerpräsidenten. Wir können auch selbstbewusst mit unseren Dingen werben. Wir tun das auch. Warum sollen wir denn jetzt bei so einer Kampagne sagen: Wir nehmen jetzt aber nur die 25- bis 27-Jährigen? Wenn bei uns ein Lehrer, der qualifiziert ist, anklopft, der 45 ist und Erfahrung hat und sagt: "Ich möchte zu euch kommen und möchte bei euch unterrichten", warum sollen wir den dann nicht nehmen? Ja selbstverständlich nehmen wir den in Bayern, weil es hier schön ist, weil wir ein gutes Bundesland sind, weil wir eine gute Schulstruktur haben und weil wir unseren Schülern etwas Gutes tun. Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/26944 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Plenk. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD betreffend "Asylkrise beenden – Bayerische Kommunen nicht im Regen stehen lassen!" auf Drucksache 18/26943 bekannt. Mit Ja haben 14 Abgeordnete ge-

stimmt. Mit Nein haben 125 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 2. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit kommen wir nun zum sechsten Dringlichkeitsantrag. Ich gebe bekannt, dass die Regierung ihre Redezeit um 9 Minuten und 37 Sekunden überzogen hat. Die Rednerinnen und Redner zu diesem Dringlichkeitsantrag erhalten also mehr Redezeit. Die CSU etwa 4 Minuten, die GRÜNEN 2 Minuten, die FREIEN WÄHLERN 1 Minute, AfD 1 Minute, SPD 1 Minute und die FDP eine halbe Minute. Die zusätzliche Redezeit wird auch auf der Uhr angezeigt. An ihr können Sie sich orientieren.